

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/114

Bonn, den 21. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>SED-Märchen</u>	67

Ulbrichts Rechnung ging nicht auf  
Von Fritz Stallberg

2	<u>Durcheinander</u>	23
---	----------------------	----

Barzel-Rede - nur eine Episode ?

3 - 4		64
-------	--	----

"Was halten sie davon, daß Willy Brandt in Chemnitz spricht ?"

Meinungen in der Zone zur Konfrontation SED-SED  
Ein aufschlußreicher Brief aus Mitteldeutschland

5	<u>Nach Kossygin's Finnlandbesuch</u>	47
---	---------------------------------------	----

Atomwaffenfreie Zone in Diskussion

6	<u>Sprungbrett für die Zukunft</u>	46
---	------------------------------------	----

Der Grund für das Verbleiben ägyptischer Truppen im Jemen  
Von Gad Redlich, Tel Aviv

\* \* \*

SED-Märchen  
-----

Übriichts Rechnung ging nicht auf

Von Fritz Stallberg

Die kommunistische SED, die in der vergangenen Woche die notwendige Fortsetzung der technischen Gespräche zur Vorbereitung der vorgesehenen Veranstaltungen in Chemnitz und Hannover verhinderte, läßt ihre Propagandamühle nun seit Tagen das Märchen verbreiten, führende Vertreter des SED-Vorstandes seien dabei, den Rückzug von den geplanten Veranstaltungen vorzubereiten. Auf diese Weise soll die wirkliche Lage verschleiert werden.

Tatsache ist, daß sich nichts an der Poststellung geändert hat, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der vorigen Woche vor der deutschen und internationalen Öffentlichkeit traf: Wenn es nicht zum Austausch der Argumente und Meinungen in Chemnitz und Hannover kommen sollte, dann allein deshalb, weil ein tonangebender Teil der SED-Führung kniefen möchte. Wir haben der SED in unserer offenen Antwort vom 18. März 1966 vorgeschlagen, die offene Auseinandersetzung aller Parteien in allen Teilen Deutschlands einzuleiten. Wir haben ergänzt, daß an allen Orten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollten, daß Vertreter der im Deutschen Bundestag und in der Volkskammer vertretenen Parteien offen ihre Auffassungen über die Kernfragen der deutschen Politik darlegen, vertreten und austragen können.

In unserer offenen Antwort vom 14. April 1966 haben wir dann die Anregung der SED aufgegriffen, dadurch einen ersten Schritt zu tun, daß Redner der SPD auf einer Versammlung der SED ungehindert sprechen können und daß Redner der SED auf einer Versammlung der SPD das Wort erhalten sollen. Unser Vorschlag ist eindeutig und klar. Der Dortmunder Parteitag hat ihn einstimmig bestätigt. Wir sind nach wie vor entschlossen, ihr Wirklichkeit werden zu lassen.

Wesentliche technische Einzelheiten zur Durchführung dieses Vorhabens sind bereits von den Beauftragten beider Parteien in drei technischen Gesprächen geklärt und wurden am 26. Mai in einer übereinstimmenden Formulierung der Öffentlichkeit unterbreitet. Die Termine für Chemnitz und Hannover sind festgelegt. Beide Seiten haben bestätigt, daß beide Versammlungen als eine Einheit betrachtet werden und daß über beide Veranstaltungen durch Presse, Hörfunk und Fernsehen korrekt, umfassend und direkt berichtet wird.

Die maßlosen und wirren Angriffe, die dann von der ersten Juni-Woche an gegen führende Repräsentanten der SPD in Reden und Artikeln der kommunistischen SED geführt wurden, sind Ausdruck der Enttäuschung über den Dortmunder Parteitag und zugleich das deutliche Binständnis, daß die Rechnung der SED nicht aufgegangen ist. Was die Kommunisten von Dortmund erhofft haben, mögen sie mit sich selbst ausmachen, sie konnten niemals ohne eine völlige Fehleinschätzung der Lage einen Zweifel daran lassen, daß sich die SPD nicht aufsplintern, von außen dirigieren oder lähmen läßt. Kein einziger Delegierter hat sich während des Dortmunder Parteitages Behauptungen

und Ansichten der SED zuzigen gemacht. Jetzt verschweigt die SED die konkreten Ergebnisse des Parteitages und ebenso die Erklärung des Präsidiums der SPD vom 21. Juni. Sie will in ihrem Wirkungsbereich eine objektive Meinungsbildung verhindern, führende Repräsentanten der SPD verketzern und sich durch wortreiche Ausweichmanöver eine Plattform für den Absprung vorbereiten.

Es geht jetzt ganz einfach darum, die technischen Vorbereitungen für beide vorgesehenen Versammlungen rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, damit die angesetzten Termine eingehalten werden können. Die SPD hat innerselbst dafür alle Voraussetzungen erfüllt, die SED blockiert den Fortgang der notwendigen technischen Gespräche und baut sich an den Haaren herbeigezogene Vorwände für ihre Verzögerungstaktik auf. Wer so handelt, scheut sich offensichtlich vor der offener Konfrontation. Den Gegenbeweis ist die SED bisher schuldig geblieben.

\* \* \*

Durcheinander

-----

Barzel-Rede - nur eine Episode ?

sp - Was Du da in New York gesagt hast, hast Du im Alleingang gesagt, wir teilen nicht Deine Auffassungen, wir halten sie sogar für schädlich, aber dennoch besitzt Du unser volles Vertrauen - das ist ungefähr die Haltung, die der Fraktionsvorstand der CDU/CSU zu seinem Fraktionsvorsitzenden, dem einst mit vielen Vorschaukröckern bedachter Dr. Rainer Barzel einnimmt. Wie kann einem Mark von so exponierter Stellung das Vertrauen ausgesprochen werden, dessen Ideen über eine Reform der Deutschlandpolitik sich in allen Aspekten total von dem unterscheiden, was die Regierung Erhard und ihr Außenminister vertreten? Doch da stellt sich schon die bedrückende Frage ein: Hat die Regierung Erhard überhaupt noch ein Deutschlandkonzept und ist sie auch in der Lage, es kraftvoll zu vertreten? Wessen Stimme gilt mehr, die des Franz Josef Strauß oder die des Rainer Barzel oder die Erhards? Alle drei zusammengenommen ergeben einen Chor greulicher Dissonanzen, der verwirrt und Unheil stiftet. Die Unionsparteien stellen mit den Freien Demokraten die Bundesregierung, und der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik. Bestimmt er sie? Er hält es mit Strauß und Barzel zugleich; mit Männern also, deren Deutschlandpolitik weit auseinanderklafft. Was tut der Bundeskanzler? Er flüchtet in den Immobilismus. In der Tat: Das Durcheinander ist vollkommen. In einer Zeit großer Bewegungen in der Weltpolitik bietet die Bundesregierung ein Bild der Hilflosigkeit und des Sichtweisenlassens. Die Schwäche Erhards wird zur Schwäche deutscher Politik.

\* \* \*

"Was halten sie davon, daß Willy Brandt in Chemnitz spricht?"

Meinungen in der Zone zur Konfrontation SPD-SED

Ein aufschlußreicher Brief aus Mittelddeutschland

\* Dieser Tage erhielten wir aus Magdeburg einen Brief, des- \*  
\* sen Inhalt sich mit anderen Nachrichten deckt, die wir in \*  
\* jüngster Zeit aus der sowjetischen Besatzungszone erhalten \*  
\* haben. Der Absender des Briefes lebt in einer größeren \*  
\* Stadt Mittelddeutschlands. Die Redaktion \*

\* \* \*

"Liebe Freunde :

"Was halten sie davon, daß Willy Brandt in Chemnitz spricht?"  
- Diese Frage stellte ich einer größeren Anzahl mir bekannter und  
unbekannter Personen im Laufe von Gesprächen, die ich Anfang Juni  
in verschiedenen Orten geführt habe.

Soweit die Betreffenden zu den Vertretern des Regimes gehö-  
ren - SED, Nationale Front, Polizei, FDJ - waren die Antworten  
ziemlich gleich, etwa in der Formulierung: Da wird niemandem ein  
Hindernis in den Weg gelegt werden, da werden niemandem Schwier-  
igkeiten entstehen. Gemeint war, daß den Bewohnern der 'DDR',  
soweit sie nach Ansicht dieser Vertreter selbstverständlich sich  
darum bemühen würden, in irgendeiner Form an dem geplanten Ereig-  
nis in Chemnitz teilzunehmen, daraus keine Schwierigkeiten entste-  
hen würden. Auf meinen Einwand, daß diese Formulierung mir etwas  
unglaublich erschien, bekam ich immer die Versicherung, daß  
das doch so sei. Interessant war, daß allen gemeinsam war, als  
Antwort auf meine Frage immer mit den nicht zu erwartenden  
'Schwierigkeiten' zu kommen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich einflechten, daß Willy  
Brandt hier für alle ein Begriff ist, der bedeutend weiter geht  
als etwa die Vorstellung, die man von der SED im Allgemeinen  
hat.

Esgab auch Antworten aus den Kreisen der Bevölkerung, die  
ihre eigene Ansicht und nicht gesteuerte Formulierungen vertraten.

Etwas: 'Das ist ein Trick' - Von wem? - Von der SED. Die wollen bloß feststellen, wer darauf reinfällt. Zum Verständnis möchte ich dazu bemerken, daß ja in der hiesigen Presse außer in 'Neuen Deutschland' die Antwort der SED nicht abgedruckt worden ist. Wer liest denn schon, die so furchtbar lanweiligen Zeitungen? Ich habe in den Zeitungen die Kurznotiz, daß das Treffen in Chemnitz stattfinden soll, extra anstreichen müssen, damit es überhaupt gelesen wurde. Die Information über den Westen, einschließlich der politischen Information, geschieht in erster Linie über das Fernsehen, soweit es empfangen werden kann.

Die meisten Antworten aber waren sich darin einig, daß 'die ganze Zone nach Chemnitz fahren würde', wenn es möglich wäre. Dazu meine Frage, warum sollte es nicht möglich sein? Die Antwort: das geht nicht, da passen 'sie' unterwegs auf, da werden wir auf den Straßen und in den Zügen kontrolliert werden, wenn wir hinfahren. Auch zu Haus würden 'sie' von Haus zu Haus gehen und kontrollieren, wer nach Chemnitz gefahren ist.

Auf meine Frage, wer denn in Chemnitz dabei sein würde, erhielt ich folgende Antworten: Da sind nur die Tmal Gesiebten dabei. Da wird Brandt vor einer Mauer des Schweigens sprechen, keiner wird vor dem anderen wagen, Beifall zu geben.

Und immer wieder der Wunsch: hoffentlich sagt Brandt dann 'denen' das, was wir ihnen zu sagen nicht wagen. Meine Frage: was wagt ihr denn nicht zu sagen? Antwort: wir arbeiten und arbeiten und unser Lebensstandard wird immer schlechter. Der Russe holt 'alles' raus, für uns bleibt nur der Abfall. Export ist das, was uns fehlt, und Import ist das, was wir nicht gebrauchen können.

Das in Kürze. Vielleicht noch ein paar Kleinigkeiten. War da zu Pfingsten ein großes FDJ-Treffen. Nach dem großen Aufmarsch traf ich in einer Gastwirtschaft - besetzt bis auf den letzten Platz - vor diesen Marschierern mehrere Haufen. Was sangen sie erleichtert und mit jugendlichem Gebrüll? Das alte Soldatenlied von 14/18: In einem Polenstädtchen, da lebte einst ein Märdchen; und dann mit viel Krach: Halli Galli. Dazu meinte ein überzeugter SED-Mann ziemlich verbittert: "Von den vielen tausend FDJ-Jungens hier würden keine 50 freiwillig das Gewehr der Volkspolizei in die Hand nehmen."

## Nach Kossygins Finnlandbesuch

### Atomwaffenfreie Zone in Diskussion

sp - Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin hat Finnland nach seinem ersten Aufenthalt in einem westlichen Land wieder verlassen. Schon im nächsten Monat wird er zu seiner zweiten Skandinavien-Reise in Stockholm eintreffen. Er weilte in Helsinki nach dem Besuch des amerikanischen Außenministers Rusk und wird in Stockholm nach Rusk und vor dem Bundeskanzler Erhard Besprechungen führen. Zu keinem Zeitpunkt der Nachkriegszeit gab es eine Serie derartig markanter und ineinander verbundener Kontakte, Besprechungen und Verhandlungen in Skandinavien wie in diesem Sommer.

Kossygin traf in Helsinki mit dem finnischen Staatspräsidenten Kekkonen und dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Virolainen zusammen. Es ging hier auch um Abrüstungstragen. Es ging um den gleichen Themenkreis, den Anfang Juni der polnische Außenminister Rapacki mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Erlander und seinem Außenminister Nilsson erörtert hatte. Es ging und geht in Skandinavien in diesem Sommer um die Frage: Wird es zu einer atomwaffenfreien und rüstungsverdünnerten Zone in Mitteleuropa oder einer Teil davon kommen?

Kossygin fand in Helsinki offene Ohren, was sich aus der Bündnisfreiheit Finnlands, seiner Nachbarschaft zur Sowjetunion, aber auch seiner Bindung zu Schweden ergibt. Zwischen Finnland und der Sowjetunion gab es in den letzten Jahren Ereignisse, die die Nachbarschaft im günstigen Sinne ausgebaut haben. Moskau gab den Flottenstützpunkt Hangö an Finnland zurück. Es verpachtete jenen für den finnischen Holzexport so wichtigen Kanal, der von der ostfinnischen Seenplatte zum russischen Ostseehafen Wiborg führt. Finnland erhielt die Freiheit zur Assoziation mit der EFTA. Nach allem, was in Helsinki zu hören ist, bereitet man weitere Schritte der Durchlässigkeit der russisch-finnischen Staatsgrenze vor.

Bei den Besprechungen in Helsinki zwischen Kekkonen, Virolainen und Kossygin wurde aber jetzt zunächst der Kekkonen-Plan einer rüstungsfreien Zone in Nord-Skandinavien im Gebiet von Nordkolotten erörtert, wo die Sowjetunion, Finnland, Schweden und das NATO-Land Norwegen aneinandergrenzen. Man hatte in Helsinki den Eindruck, daß dieser Plan nun möglicherweise doch realisiert wird, nachdem zuvor auch zwischen Rapacki und Nilsson in Stockholm eine gewisse Übereinstimmung zustande kam. Auch der Kopenhagener Außenminister Per Hækkerup meinte jüngst, im Falle anderer Abmachungen könne der Kekkonen-Plan in neuem Licht erscheinen.

Die Frage einer viel größeren atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wird in Skandinavien und im Ostblock wiederum stark erörtert. Es liegen hier Pläne des früheren schwedischen Außenministers Undén und des polnischen Außenministers Rapacki vor. Allerdings ist hier eine Realisierung noch nicht in Sicht. Schweden und Dänen sind für die atomwaffenfreie Zone, wenn das mit einem Gleichgewicht der konventionellen Rüstung, dem Abzug der russischen Armeen aus Polen und Mitteldeutschland verknüpft wird und wenn ein Abkommen darüber als Garantienächte die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland bekommt.

## Sprungbrett für die Zukunft

Der Grund für das Verbleiben ägyptischer Truppen im Jemen

Von Gad Redlich, Tel Aviv

Man war sich einige Zeit nicht darüber im klaren gewesen, was den ägyptischen Staatspräsident Nasser dazu veranlaßt haben kann, seine Truppen im Jemen nicht - wie den Amerikanern versprochen - abzuziehen, oder doch zumindest zu vermindern. Die Reaktion Kairos war um so erstaunlicher, als man sich schon von vornherein eine Versteifung der amerikanischen Haltung bezüglich weiterer Lebensmittel- und sonstiger Hilfsgütersendungen an den fünf Fingern abzählen konnte. Mittlerweile scheint in die Angelegenheit jedoch Licht gekommen zu sein. Die ausreichende Leuchtquelle: eine Ankündigung der Engländer, sich 1968 aus Aden zurückzuziehen.

Das normalste und naheliegendste wäre wohl, wenn sich dann die 17 kleinen Länder des Gebietes zu einem eigenen Staat zusammenschließen. Doch schon zwei Jahre vor diesem logischen Plan tauchen innerarabische Sandstürme auf. Hauptstifter der Unruhe ist der Diktator am Nil. Er möchte dort im Süden mitmischen, ihm ergebene Leute in die derzeitigen nationalistischen Strömungen einschleusen, was immer häufiger geschehnde Terrorakte nur allzu deutlich beweisen. Sein Ziel: sich immer näher an die sprudelnden Ölquellen des meistverhassten Feindes, König Faisal von Saudi-Arabien, heranzuerbeiten. Und dazu ist für ihn der von ägyptischen Soldaten besetzte Teil des Jemen, genannt Republik, ein unentbehrliches Sprungbrett. Nicht, daß sich schon jetzt ägyptische Soldaten in Hab-Acht-Stellung befinden würden (dazu werden sie viel zu sehr von den königstreuen Truppen in einem nach außen hin mühselig verschleierte Dauertrab gehalten). Doch es gibt zu denken, wenn Nasser-treue Jemeniten schon jetzt eine Regierung des "besetzten Süd-Jemen" bilden wollen. Ihr Pluspunkt: in Aden sind sich die national-arabischen Kräfte nicht einig, oder besser gesagt, eine feste Linie scheint sich überhaupt noch nicht herauskristallisiert zu haben.

So gingen die Nasseristen kürzlich auf Vertreterreise quer durch die arabische Liga, um für ihre Pläne Unterstützung zu bekommen. Doch sie klopfen vergeblich an die Türen. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Sowohl die Jordanier, als auch alle übrigen arabischen Regierungen - das derzeitige Regime in Syrien nicht mitgerechnet - finden ihre Finger am laufenden Band in irgendwelchen von Kairo geschürten Bränden.

Die Sache scheint nicht nur äußerst verworren, sondern ausgesprochen gefährlich zu werden, sollten sich die Dinge in der gleichen Richtung weiterentwickeln, in der sie sich in Bewegung gesetzt haben. Die Gefahr, daß sich die ständig verhärtenden Fronten zwischen Faisal und Nasser solange aneinander reiben könnten, bis eine heftige Explosion hervorgerufen wird, rückt in den Bereich des Wahrscheinlichen. Sollte die Nasser-Gruppe im Süden einen Sieg davontragen, so wäre für Israel eine weitere Gefahrenquelle geschaffen. Es ist nicht leicht, sich in einem solchen Fall einen weiterhin ungestörten Zugang zum Hafen Eilat am Roten Meer vorzustellen. Und der ist, wie so viele weitere Faktoren, für das von ausländischen Rohstofflieferungen abhängige Land lebensnotwendig.